# Namslauer Stadtblatt.

## Amtlicher Anzeiger für die städtischen Behörden.

**Bezugs-Preise:**
Das „Namslauer Stadtblatt" erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet in der Geschäftsstelle bezw. durch unsere Zweigstellen 2,25 M., ins Haus geliefert 2,55 M., durch die Post bezogen mit Abtrag 2,49 M. vierteljährlich. Einzelne Nummer 10 Pf. Offerten- und Auskunftsgebühr 25 Pf.
Gerichts- und Erfüllungsort Namslau. — Bei Zahlungseinstellung bezw. gerichtlicher Beitreibung gilt jeder Nachlaß als aufgehoben.

**Anzeigen-Preise:**
Für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum 20 Pf., für Auswärtige 25 Pf., im Reklameteil (am Schluß des redaktionellen Teils) die 3spaltige Petitzeile 50 Pf. — Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vorm. vor dem Erscheinungstage, für größere Anzeigen jedoch schon tags zuvor — Für Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Kleine Anzeigen nur gegen Vorauszahlung.
Beilagegebühr nach Vereinbarung.

47. Jahrgang. **Mit der Beilage amtliches „Namslauer Kreisblatt."** Fernsprecher 224

Nr. 2. | Verantwortlich für die Schriftleitung: Karl Opitz, Namslau. | Namslau, Dienstag, den 7. Januar. | Druck, Verlag und Expedition: Oskar Opitz, Namslau. | 1919.


## Selbstbestimmung.

### Was zur Rettung der Lage notwendig ist.

Regierung und Zentralrat sind nach ihrer Versicherung entschlossen, tatkräftig Politik zu treiben. Dazu ist unumgängliche Voraussetzung, daß die Regierung auch wirklich die Machtmittel erhält, ohne die ein Staatswesen überhaupt nicht aufrecht zu erhalten ist. Selbst die anarchistische Zuchtlosigkeit der Spartakisten will ihre Gewalt auf die bewaffneten Massen ihrer Anhänger stützen. Die Regierung muß in der Lage sein, nicht nur auf dem Papier die Anordnungen und Gesetze der höchsten Reichsbehörden zu veröffentlichen, sondern sie vor allem durchzuführen, weil nur so das Staats- und Wirtschaftsleben wieder in geregelten Gang zu bringen ist. Es darf keine Willkür geduldet werden, kein Ausleben örtlicher Instanzen, wie es noch immer aus manchen Teilen des Reiches gemeldet wird.

Die Regierung will aber bei der Schaffung der Machtmittel vom Grundsatz der Freiwilligkeit nicht abgehen. Ein Werbeaufruf, der sich an das ganze deutsche Volk richtet, soll die Männer, die sich dafür geeignet halten, auffordern, in ein Freiwilligenheer einzutreten. Der Weg ist gangbar, und es spricht nichts dagegen, daß das Ziel erreicht werden kann. Allerdings muß das Volk sehen, daß mit der Willkür Schluß gemacht wird, daß weder politische noch wirtschaftliche Schwärmereien den schwer gefährdeten Staatsorganismus noch mehr erschüttern. Seit der Umwälzung ist sehr viel Kapital des Vertrauens verwirtschaftet worden. Ein Staat, der auf einem so starken Unterbau ruhte, wie der deutsche, hätte nicht in wilden revolutionären Zuckungen hin- und hergeworfen zu werden brauchen, wenn zu Beginn ein Wille dagewesen wäre, der über sich selbst und seine nächsten Aufgaben Klarheit besaß.

Die Verantwortung, die die neue Regierung trägt, ist unleugbar groß. Es wäre verhängnisvoll, sie zu erschweren oder mit übelwollender Kritik und bequemem Zweifel beiseite zu stehen. Vergessen wir nicht: alle Fehler, die die Regierung macht, wirken auf das deutsche Volk zurück. Zeigt dieses sich tätig, will es wirklich zu einem freien Volksstaat gelangen, so muß es selbst alle Kraft daran setzen, die Demokratie wirklich werden zu lassen. Die Regierung ist entschlossen, gemeinsam mit dem Zentralrat alle Hemmnisse und Widerstände zu beseitigen, die jede schöpferische Politik bisher unmöglich machten. Nicht nur der Rat der Volksbeauftragten ist von den Zwielichtgestalten der Unabhängigen befreit worden, auch das preußische Ministerium ist von dem Ballast entlastet, den es am 16. November mit an Bord nehmen mußte.

Die Unabhängigen hatten bei der Umwälzung ihre Führer ohne Rücksicht auf die besondere Eignung in die höchsten Regierungsstellen geschoben. Adolf Hoffmann konnte sogar Kultusminister werden, wo er so „gradlienia" wirkte, daß Preußen sich in Sonderrepubliken aufzulösen drohte. Doppelbesetzung der Ministerien war auf alle Fälle auch ein organisatorischer Mißgriff, da so der Zwiespalt in die einzelnen Aemter getragen wurde, während alles darauf ankam, überall einheitlich zu handeln. Für den verdienten Kriegsminister Scheuch ist in dem württembergischen Obersten Reinhardt ein Ersatz gefunden worden. Der neue Minister hat die Beschlüsse des Rätekongresses anerkannt. Er hat sich im Kriegsministerium bei der Demobilmachung hervorgetan. Bleibt nur noch der unabhängige Berliner Polizeipräsident Eichhorn, dessen Klebekraft über das Maß des Erträglichen hinausgeht. Hier muß die Regierung Beweise bringen, daß sie aktive Politik treiben kann und will.

So verfahren unsere Verhältnisse auch sonst sind, so verworren sie dem Ausland scheinen, so daß der Vielverband deutlich mit Abbruch der Verhandlungen drohte, wenn die bolschewistische Flut über die Ufer schäumen sollte, so ist es für eine starke und ihrer Ziele bewußten Regierung noch nicht zu spät. Im Gegenteil, sie kann durch Handeln den lähmenden Druck vom Volke nehmen, wie sie auch durch Taten sich selbst und Deutschland von dem Schrecken der Straße zu befreien vermag. Keine Hilfe von außen, kein Hindämmern, kein Abwarten, sondern nur Selbstbesinnung, aus der sich das entschlossene Handeln ergibt. Es ist nicht zu spät, aber Zeit haben wir nicht mehr zu verlieren. Es geht wirklich um unser Dasein als Volk und Staat, wenn wir nicht einmal mehr den Grenzschutz im Osten zu organisieren vermögen. Die Polen sind im Anmarsch auf die Grenze Brandenburgs. Verhandeln wird ihr gefährliches Treiben nicht zum Stocken bringen. Nur die Selbsthilfe, die das Handeln als oberstes Gesetz anerkennt, vermag uns allein noch zu retten.

---

### Einsprüche der obersten Heeresleitung.

Gegen die Vergewaltigung der deutschen Truppen im Osten.

Berlin, 3. Januar. Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit: Anläßlich der unerhörten Vergewaltigung, der die deutschen Truppen im Osten unterworfen werden sollen, hat nach den übereinstimmenden Kundgebungen der Reichsregierung und der Waffenstillstandskommission nunmehr auch die deutsche Oberste Heeresleitung in Spaa ausdrücklich erklären lassen:

1. Im Artikel 12 und Artikel 13 des Waffenstillstandsabkommens wird ursprünglich die sofortige Zurückziehung der deutschen Truppen im Osten gefordert, jedoch auf die deutsche Anregung, die ebenso im deutschen Interesse, wie in dem der Allgemeinheit erfolgte, wurde der Wortlaut abgeändert. Deutschland hat damit nicht die Verpflichtung übernommen, im Osten für Ordnung zu sorgen, sondern die Berechtigung erhalten, erst allmählich zu räumen. 2. Das Oberkommando der Verbündeten hat offenbar anfänglich diese Auffassung geteilt; das Ober-Kommando hätte sonst Einspruch erhoben, als Deutschland die bereits eingeleitete Räumung der Truppen mitteilte und zur Beschleunigung dieser Räumung die Freigabe des Seeweges Sewastopol—Odessa beantragte. Von vorherigen Anfragen war damals nicht die Rede. 3. Die von Deutschland freiwillig übernommene Aufgabe, im Osten für Ordnung zu sorgen, wurde erfüllt, solange dies möglich war. Der Rückmarsch wurde erst angeordnet, als sich die deutschen Truppen zu schwach und leider auch zu unzuverlässig erwiesen. Die Verbündeten wurden hiervon schriftlich und mündlich unterrichtet. 4. Nachdem im Vertrage vereinbart war, daß deutsche Truppen möglichst lange im Osten verbleiben sollen, mußte erwartet werden, daß die Verbündeten, wenn sie wirklich darauf Wert legen, die kleinen Völker des Ostens zu schützen, die Deutschen nicht daran verhindern, ihre Aufgabe durchzuführen. Dies ist aber tatsächlich der Fall gewesen. Die Verbündeten erklären sich zwar solidarisch mit der polnischen Regierung, sie haben aber zum Beispiel nicht zu verhindern gesucht, daß die Polen die Eisenbahnen nach Deutschland abschnitten, und damit die Lebensmöglichkeit der deutschen Truppen unterbanden. Aber wenn die Deutschen in der Ukraine kämpfen sollten, so müßten sie Waffen- und Munitionsvorräte haben. Man dürfe sie ihnen nicht, wie dies z. B. in Odessa geschehen sei, zum großen Teile wegnehmen. Durch ihre eigene Handlungsweise haben somit die Verbündeten das von ihnen gewünschte Verbleiben der deutschen Truppen in den besetzten Gebieten des Ostens selber in hohem Maße erschwert. In den weiteren Punkten des Protestes wendet sich die Oberste Heeresleitung dagegen, daß die Verbündeten den im Osten verbliebenen Truppen eine ehrenvolle Rückkehr mit Waffen verwehren, obwohl sie dies ausdrücklich in dem Abkommen des Waffenstillstandes zugebilligt haben. Eindringlich

---

## Heidezauber.

Roman von Anny Wothe.

46. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Sie hatte die letzten Worte leise, nur ihm verständlich, gesprochen. Wie seltsam sie ihn erschütterten.

„Prinzessin", sagte er weich, „Elinor —"

„Ich weiß, was Sie sagen wollen, lieber Freund. Man sagte mir sorben, daß sie vor einer kleinen Welle in ihre Heimat zurückgekehrt ist und wohl für immer".

Wolfgang schüttelte trübe den Kopf.

„Sagen Sie nichts, liebster Freund! O, bitte, lassen Sie mir den süßen Glauben! Lassen Sie mich ihn mit mir nehmen in jenes Schattenland, den Glauben, daß Ihr Glück Ihnen wieder auf der Heide neu erblüht".

„Elinor und ich, Hoheit, sind für immer geschieden, — es gibt keinen Weg, der uns wieder zueinander führt".

„Doch, Professor, es gibt einen!" rief die Prinzessin, und ihre schwarzen Augen strahlten glückselig auf. Dann löste sie ein feingegliedertes Kettchen, an dem sich eine goldene Kapsel schaukelte, mit matten Fingern von ihrem Halse.

„Hier, nehmen Sie. Bringen Sie Elinor diesen Schmuck als letztes Vermächtnis einer Sterbenden, und sagen Sie ihr, der Inhalt der kleinen Kapsel, die sie in Ihrer Gegenwart öffnen soll, enthielte einen Talisman für jede Qual ihres Herzens. Ihm soll sie folgen. Wollen Sie meinen Wunsch erfüllen?"

„Ich gelobe es!" entgegnete der Professor feierlich. „Aber nun, Hoheit, schonen Sie sich! Sie sind übermüdet — Sie —"

Er stockte. Wie merkwürdig verändert die Prinzessin aussah! Erika hatte das Köpfchen und die Augenlider wie müde gesenkt.

„Hoheit!" bat der Professor zur Herzogin herüber.

Die hohe Frau kam sofort näher und kniete an dem Lager ihres Kindes nieder.

„Soll ich Hilfe herbeirufen?" flüsterte ihr der Professor zu.

Die Herzogin schüttelte in stummem Schmerze das Haupt.

„Ehren wir ihren letzten Willen", flüsterte sie ebenso leise zurück.

„Befehlen Hoheit, daß ich mich entferne?"

„Nein, nein, bleiben Sie. Es ist ja das letzte Glück, das ich meinem armen Kinde geben kann".

Ein tiefer Seufzer entrang sich der Brust der Prinzessin. Die schwarzen Glutaugen strahlten sonnig auf, als sie noch einmal das Haupt hob und das ihr eigene, träumerisch-süße Kinderlächeln ihren Mund umspielte.

„Seht ihr die Heide?" flüsterte sie, sich gewaltsam aufrichtend. „Mutter, Wolfgang, seht ihr sie? Sie strahlt in holdem Zauberlicht — und — meine Namensschwestern — schmücken sie — wie ein rosiger Teppich — und die Glocken läuten — und in der Heidekirche stehen „Sie" und „Er", der meines Herzens Leben war. — Hört ihr nichts? — Seht ihr auch nicht die rosigen Wolken am Heidesaume? — Mutter, Geliebter, ich bin bei euch!"

Jäh fiel das Haupt der Prinzessin zurück.

Wolfgang fing die leichte Gestalt Erikas in seinen Armen auf. Scheu und leicht, wie man ein krankes Vögelchen berührt, hielt er das bleiche Köpfchen an seinem Herzen.

„Welch seliges Sterben!" kam es wie ein Hauch von den Lippen der Prinzessin.

Und dann noch einmal: „Mutter, meine süße Mutter!"

Die Herzogin netzte die bleiche Hand ihres Kindes mit Küssen und Tränen.

Eine Weile war es still, totenstill im Gemach, nur die Nachtigall vor dem Fenster sang noch in leisen, ersterbenden Tönen.

Noch einmal strahlten die schwarzen Augensterne auf und sahen mit heißem Verlangen in Wolfgangs Augen.

Da neigte er sich in tiefem Erbarmen über das arme, kleine Fürstenkind und berührte mit seinen Lippen leise ihre Stirn.

Wie Glückeslächeln flog es da um den schon erblaßten Mund, und leis wie ein Traum kam es in abgebrochenen Lauten von den Lippen der Prinzessin:

Müd' neigt die Erika ihr Haupt,
Der Wind schläft in den Bäumen,
Doch wir, wir wollen glückgeweiht,
Geliebter, in die Ewigkeit
Uns still hinüber träumen.

Dann war's still. Das Nachtigallied war verklungen. —

Durch die Straßen der Residenz aber wehten die Trauerflaggen und die Trauerglocken klangen weit in das Land hinein. — — —

### 17. Kapitel.

Es war tief dunkel, als Wolfgang nach Hause kam. Wie leer, wie öde ihm alles erschien, als er über die Steinfliesen des Hausflurs schritt. Christel steckte den Kopf zur Küchentür hinaus. Ihr Gesicht sah trotz der dickverweinten Augen sehr böse aus, als sie sagte:

„Ach, du grundgütiger Himmel, wie kann ein Mensch bloß so lange ausbleiben, Herr Professor, wenn ein anderer, den er lieb hat, vielleicht geradewegs beim Sterben ist? Das Fräulein ist reisefertig, und die Frau Mutter ist mit der Gräfin Bergholtz vor einer Stunde abgereist. Wir müssen fort, wenn wir den Nachtzug noch erreichen wollen, der uns in die Heimat bringt".

Christels Stimme zitterte heftig. Sie dachte ihres kranken Lieblings im Pfarrhause, und jede Minute, die sie hier verbrachte, schien ihr wie Stunden.

„Wir wären mit der Frau Mutter gern gleich mitgefahren, Herr Professor", schloß sie ihren Bericht, „aber die Frau Pastor wollte es nicht leiden — sie sagte, wir sollten mit dem nächsten Zuge nachkommen".

„Schon gut, Christel", nickte der Professor. „Mache dich fertig und reise allein!"

„Allein? Ja, aber was soll denn aus Fräulein Braut werden?"

Wolfgangs Lippen umspielte ein bitteres Lächeln.

„Auch sie wird noch heute das Haus verlassen. Sorge dich nicht und beeile dich!"

Damit ließ er die verdutzte Christel stehen und betrat schnell das Wohnzimmer, in welchem eine halb verdunkelte Lampe brannte.

Maria Magdalene saß reisefertig auf dem Sofa, den blonden Kopf nachlässig in die große Hand gestützt.

Bei seinem Eintritt sprang sie erregt auf.

(Fortsetzung folgt.)

wird ferner darauf hingewiesen, daß durch die von den Verbündeten anscheinend beabsichtigte entwürdigende Behandlung der deutschen Truppen die Gefahr des Bolschewismus für die östlichen Länder außerordentlich gesteigert würde, nicht zum wenigsten für Polen, wo bolschewistische Ideen weit verbreitet sind und keinen Widerstand wie in einem altbefestigten Staate finden. Schließlich wird betont, daß die Deutschen dem ausgesetzt werden, schutzlos in der weiteren Zeit dem Raub und Mord überliefert zu sein. Die deutsche Oberste Heeresleitung erwartet daher, daß eine würdige Lösung für die Rückkehr der deutschen Truppen aus dem Osten gefunden wird.

### Austritt der Unabhängigen aus der preußischen Regierung.

WTB. Berlin, 3. Januar. In einem Schreiben an den Berliner Zentralrat geben die unabhängigen Sozialisten, Mitglieder der preußischen Regierung Ströbel, Adolf Hoffmann, Dr. Rosenfeld, Dr. Graf Arco, Dr. Breitscheid, Paul Hoffmann, Hofer und Simon bekannt, daß sie aus ihren Ämtern zurücktreten.

Sie begründeten ihren Entschluß damit, in ihrer Aussprache mit dem Zentralrat habe sich ergeben, daß eine erfolgreiche Vertretung ihrer Ideen in der Regierung infolge der mehrheitssozialistischen Zusammensetzung des Zentralrats unmöglich geworden und ihnen durch das Ausscheiden der Unabhängigen aus dem Rate der Volksbeauftragten der notwendige Rückhalt bei der Reichsregierung geraubt worden sei. Der unmittelbare Grund zu ihrem Rücktritt sei die Tatsache, daß von ihnen verlangt worden sei, ohne weitere Prüfung der Ernennung des Obersten Reinhardt zum preußischen Kriegsminister zuzustimmen.

WTB. Berlin, 3. Januar. Zu der Erklärung der zurückgetretenen unabhängigen Minister erfahren wir folgendes: Die Darstellung, als sollten die bisherigen preußischen Minister ohne weitere Prüfung der Ernennung des neuen Kriegsministers zustimmen und als ob der Zentralrat die Beschaffung der programmatischen Erklärung des Obersten Reinhard abgelehnt habe, gelt von falschen Voraussetzungen aus und erweckt falsche Eindrücke. Der Zentralrat als oberster Träger der politischen Gewalt hat sein Recht, Minister ein- und abzusetzen, auch im Falle des neuen Kriegsministers ausgeübt. Außerdem ist die Zustimmung zur Ernennung eines Kriegsministers, dessen Gehalt nicht einmal Preußen zahlt, lediglich eine auf der bisherigen preußischen Verfassung beruhende Formalität.

TU Berlin, 4. Januar. Wie der „Tag" erfährt, besteht nicht die Absicht, die durch den Rücktritt der Unabhängigen frei gewordenen Posten neu zu besetzen, da alle diese Ämter bereits doppelt besetzt waren und die auf ihren Posten verbleibenden Mehrheitssozialisten vollkommen imstande sein dürften, sie allein auszufüllen. Was die Unabhängigen in den verschiedenen Reichsämtern anbetrifft, die vorläufig ihre Ämter zur Verfügung gestellt haben, so haben diese sich bereit erklärt, sie bis zur Ernennung eines Nachfolgers weiter zu versehen. So wird mit der Möglichkeit gerechnet, daß man sich über das Verbleiben dieser Herren im Amte verständigen wird.

### Wann der Frieden unterzeichnet werden kann.

Genf, 3. Januar. „Havas" verbreitet folgende Meldung: Die Friedenskonferenzen werden erst in der zweiten Hälfte des Januar stattfinden. Selbst, wenn die Verbündeten über alle Punkte einig sind, so kann der Friede doch erst an dem Tage unterzeichnet werden, an dem Deutschland die innere Ordnung wieder hergestellt haben wird.

---

Hirschberg, 2. Januar. Sonntag und Montag hat es im Tale bis in das Vorgebirge herauf stark getaut, während im Hochgebirge neuer Schnee gefallen war. Am Sylvestertage war das Wetter im Tale höchst ungünstig; es regnete fast den ganzen Tag, auf dem Gebirge fielen dagegen 5 Zentimeter Neuschnee. Am Neujahrstage herrschte wieder schönes Wetter. In den frühen Morgenstunden war das Gebirge zwar noch von einer starken Wolkenschicht umgeben, aber dann klärte es sich auf, und bei 5 Grad Kälte war prächtiger Sonnenschein. Auch im Tale war das Wetter schön. Trotzdem war der Verkehr im Gebirge sehr schwach. Während sonst an den Sylvesterabenden die Bauden vollbesetzt waren und das neue Jahr mit Jubel begrüßt wurde, waren diesmal in fast allen Bauden nur sehr wenige Gäste anwesend. Auch am Neujahrstage war der Verkehr im Gebirge gering. Die Eisenbahnsperre hat den auch während des Krieges noch sehr lebhaften Weihnachts- und Neujahrsverkehr im Gebirge diesmal vollständig lahmgelegt.

WTB. Kattowitz, 3. Januar. Bergrat Fedor Jolisch, der seit 19 Jahren in Diensten des Vorsitzerts stand, zuletzt als Vorsitzender des Direktoriums, ist freiwillig aus dem Leben geschieden. In einem Schriftstück an die oberschlesischen Berg- und Hüttenleute begründet er diesen Schritt damit, daß er sein Leben opfere, um die Bergarbeiter darüber zu belehren, daß sie Unsinniges fordern. In dem Schriftstück heißt es: Mißhandelt und vertreibt Eure Beamten nicht! Ihr braucht sie und findet keine andern, die bereit sein würden, mit Wahnsinnigen zu arbeiten. Ihr braucht sie, weil Ihr den Betrieb ohne Leiter nicht führen könnt. Fehlen die Leiter, dann erliegt der Betrieb und Ihr müßt verhungern. Nur wenn Ihr mehr arbeitet als vor dem Kriege und Eure Ansprüche bescheidener werden, könnt Ihr auf Zufuhr von Lebensmitteln und auf erträgliche Preise rechnen. Da ich für Euch in den Tod gegangen bin, schützt meine Frau und meine lieben Kinder und helft ihnen, wenn sie durch Eure Torheit in Not geraten.

### Zusammenstöße in Königshütte.

Königshütte, 4. Januar. Gestern nachmittag 4 Uhr kam es vor dem Gebäude der Berginspektion in Königshütte zu einem Zusammenstoß zwischen streikenden Bergarbeitern und Militär. Als einige junge Burschen Miene machten, die in der Berginspektion untergebrachte Wache zu stürmen, wurde mit einem Maschinengewehr auf die Menge geschossen. Es gab zahlreiche Tote und viele Verwundete. Nach bis jetzt erfolgter Zählung sind ungefähr 20 Tote festgestellt.

Wib. Beuthen, 4. Januar. Ueber den Vorfall in Königshütte wird weiter gemeldet: Die Belegschaft der fiskalischen Königshütte ist gestern erneut in den Ausstand getreten. Die aufrührerischen Massen forderten vor allen Dingen die sofortige Entfernung der Truppen aus Königshütte. Auf dem Wege zur Berginspektion stellten sich Polizeibeamte der Menge entgegen; sie wurden mißhandelt und teilweise entwaffnet. Die Masse verlangte Zutritt zum Verwaltungsgebäude, welches eine Abteilung Jäger besetzt hielt. Diese machten den Leuten klar, daß sie nur in der Form einer Deputation Zutritt erlangen könnten. Die Vorstellungen blieben erfolglos und es kam zu dem gemeldeten Zusammenstoß. Abends um 7½ Uhr wurde der Belagerungszustand über Königshütte verhängt. Die Ruhe war um diese Zeit noch nicht ganz wiederhergestellt.

Wib. Königshütte, 5. Januar. Nach der bisherigen Zusammenstellung sind bei den gestrigen Unruhen 16 Personen getötet und 21 verletzt worden.

---

## Lokales.

?? Namslau, 6. Januar. (Kreisbauernrat.) In seiner letzten Vollsitzung beschäftigte sich der Kreisbauernrat besonders eingehend mit den zahlreichen Gesuchen um Aufhebung des Zwangsanschlusses der Milchproduzenten an die Molkereien. In einem Vortrag des Vertreters der Bezirksfettstelle Breslau, die drei Herren zur Sitzung entsandt hatte, wurde an den Kreisbauernrat die Bitte gerichtet, dahin zu wirken, daß mit Rücksicht auf die gegenwärtige, trotz des Waffenstillstandes leider noch fortbestehende Lebensmittelnot eine Aenderung in den bestehenden Maßnahmen zur Lebensmittelablieferung jetzt noch nicht vorgenommen werde, da jede Veränderung in der Organisation die bisher straff durchgeführte Rationierung in Frage stellen würde. Die in manchen Fällen durch die Not des Zwangsanschlusses herbeigeführten Mißstände und Härten sollen freilich nachgeprüft und, wenn irgend möglich, behoben werden. Die Beherzigung dieser Bitte der Bezirksfettstelle sei auch an dieser Stelle allen Milchproduzenten des Kreises gegenüber aufs wärmste empfohlen. Und wer die Aufrechterhaltung der Ordnung will, wird durch Befolgung der bestehenden Vorschriften auch die jetzige Regierung gern unterstützen und damit der Allgemeinheit dienen.

= (Der Saatenstand in Schlesien.) Aus fachmännischen Berichten aus allen Teilen der Provinz ist zu ersehen, daß der Stand der Herbstsaaten zur Zeit durchweg befriedigend ist. Die einzelnen Felder, selbst die später bestellten, haben sich kräftig entwickelt, so daß damit zu rechnen ist — vorausgesetzt, daß nicht eine normale Winterwitterung eintritt — daß die Saaten gut überwinteren werden. Aus verschiedenen Teilen der Provinz, namentlich aus Niederschlesien, wird über einen stärkeren Mäusefraß berichtet.

= (Neuerungen im Postscheckverkehr.) Nach § 4 der Postscheckordnung kann der Postscheckkunde die bei seiner Bestellpostanstalt für ihn eingehenden Post- und Zahlungsanweisungen seinem Postscheckkonto gutschreiben lassen. Die Postanstalt überweist die Anweisungen mit Zahlkarte und kürzt den Gesamtbetrag um die Zahlkartengebühr. Da die Erhebung der Gebühr als lästig empfunden wurde und die Ausbreitung des bargeldlosen Zahlungsausgleichs beeinträchtigte, erhebt die Postverwaltung mit Wirkung vom 15. Dezember für die Gutschrift kein Gebühr mehr. Ferner ist der Meistbetrag der Zahlkarten, die den Landbriefträgern auf ihren Bestellgängen zur Ablieferung an die Postanstalt übergeben werden können, von 800 Mark auf 1000 Mark erhöht worden.

= (Preußisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie.) Die Gewinnziehung der 1. Klasse 13. (239) Preußisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie beginnt morgen, den 7. d. M. Gezogen werden, außer den 2 Hauptgewinnen zu 50000 Mk., Gewinne zu 30000, 10000, 5000, 1000 und 500 bis 50 Mk, im ganzen 10000 Gewinne im Betrage von 1084433 Mk.

= (Besitzwechsel.) Das den Schlossermeister Kintzel'schen Erben gehörige Hausgrundstück (Wilhelmstraße) ist vom Herrn Tischlermeister Stannek hier käuflich erworben worden.

= (Schluß der Weihnachtsferien.) In allen hiesigen Schulen enden die Weihnachtsferien am Dienstag, den 7. d. M., so daß der Unterricht am Mittwoch, den 8. Januar, wieder beginnt.

---

[Eingesandt!]

Die gestrige Versammlung bei Schwuntek brachte der ungeheuren Zuhörermenge zunächst eine kleine Überraschung. —

Ein Pastor Conrad, der in sozialistischer Weise über Trennung von Kirche und Staat referierte, schien in seiner Rede seine Funktion als Sozialdemokrat vergessen zu haben. — Seine Worte warben deutlich für die gegnerischen Parteien. —

Der Redakteur der Volkswacht' Herr Löbe-Breslau erkannte diesen Fehlschlag, ergriff das Wort, nachdem man in echt sozialdemokratischer Weise Herrn Pastor Melz kaum hatte reden lassen, und bot als Rausreiser einen ungleich interessanteren Vortrag, was nicht ausschließt, daß man ihn mit Leichtigkeit sofort hätte widerlegen können, wenn nicht die Zeit zu weit vorgeschritten gewesen wäre. —

Ein Punkt möge hier wenigstens gestreift werden:

Sozialisierung der Großbetriebe.

Herr Löbe brachte drei große Betriebe vor und zwar die Firma Krupp, Graf Henckel von Donnersmarck und Fürst von Pleß. — Er erklärte da anschaulichst, wie der Arbeiter im Schweiße seines Angesichts und in steter Lebensgefahr für diese Betriebe arbeiten müßte, und — — den Provit striche sich Krupp, Henckel und Pleß ein.

Er hat dabei nicht erwähnt, welche große Summen dazu gehörten, um solche Betriebe überhaupt entstehen zu lassen.

Er hatt dabei nicht erklärt, welche Summen von Intelligenz, besonders bei der Firma Krupp, dazu gehörten, um diese Werke überhaupt auf der Höhe zu erhalten.

Er hat nicht gesagt, wieviel Wohlfahrtseinrichtungen von diesen Betrieben für die Allgemeinheit resp. für die Arbeiter geschaffen worden sind.

Herr Löbe wies als vorbildlich auf die Post etc., bereits verstaatlichte Betriebe hin.

Sind denn die Beamten und Arbeiter dieser Betriebe besser gestellt, als wie die Beamten von Krupp, Henckel und Pleß?

Herr Löbe wies sehr anschaulich nach, wie allmählich diese Kapitalseinteignung resp. Sozialisierung vor sich gehen würde — ganz allmählich — und daß vom Wegnehmen der letzten Kuh des Bauern von ihrer Seite keine Rede wäre. — Nur die Großbetriebe und die wohlhabende Klasse sollten eben herangezogen werden.

Aus der Mitte der Versammlung ertönte ein Angstruf an den Redner: Wie steht es denn mit der Polengefahr?

Herr Löbe äußerte sich darüber in leicht bedauerlicher Form, daß dies ein Punkt der Friedensbedingungen von Wilson wäre und es darauf ankommt, wie das Volk sich entscheidet. Wenn im Kreise Namslau sich nur 3% für Polen erklärt habe, so liege dies daran, daß bedauerlicherweise die Abstimmung nicht geheim gemacht worden sei, das Resultat wäre sonst ent, schieden ein anderes gewesen.

Man kann diese Äußerung nur dahin auffassen, daß es Herrn Löbe auf Stimmenfang ankam und er vielleicht auch noch die paar schüchternen Polen für sich gewinnen wollte. — Vom deutschen Standpunkt, vom Standpunkt der jetzigen Regierung ist diese Bemerkung unerklärlich.

Nehmen wir an, daß durch die Abstimmung Oberschlesien verloren geht, so würden vor allen Dingen zwei von den großen Rosinen, nämlich Henckel und Pleß, aus dem Kuchen herausfallen, und Krupp, die dritte große Rosine, würde in absehbarer Zeit auch herausfallen, da sie nicht im Stande ist, die unbeschäftigten Arbeiter auf die Dauer zu bezahlen. — Und wenn die großen Rosinen heraus sind, dann kommen die kleinen Rosinen dran und dann die allerkleinsten und dann die letzte Kuy, gegen deren Vergewaltigung Herr Löbe so lebhaft protestierte — immer ganz langsam und allmählich — und dann??

Diese Aeußerung über die Polengefahr von Seiten eines Sozialdemokraten, eines Vertreters der jetzigen Regierung, geht über alles hinaus was in dieser Beziehung überhaupt geleistet worden ist.

Wir wissen nicht, ob Herrn Löbe die Verhältnisse in Oberschlesien und hier in unseren Kreis-Grenzen bekannt sind.

Wie uns von dort von glaubwürdiger Seite mitgeteilt wird, sind die zur Aufrechterhaltung der Ordnung entsandten Soldaten garnicht auf Seiten der Regierung; im Gegenteil sie verbrüdern sich mit den streikenden Arbeitern.

Der Grenzschutz soll sogar, wie man uns mitteilt, gegen Speck und Butter seine Patronen und Waffen eintauschen, wenn er es nicht überhaupt vorzieht, garnichts zu machen.

Die Ausführungen des Herrn Löbe wirken wie ein Blitz in schwüler finsterer Sommernacht und zeigen uns, wohin uns die jetzige Regierung führt.

Eine Regierung, die nicht einmal im Stande ist, die Grenze unseres Vaterlandes zu halten, bei der, wie wir in Berlin sehen, überall nur Unordnung und Krawall herrscht, können wir zu deren Vertretern Vertrauen haben?

Jeder Arbeiter, jeder Sozialist, dessen Bestreben, sein Los zu verbessern, wir nur anerkennen, muß sagen, daß er unter dieser Regierung nur Hab und Gut verlieren kann.

Dieser Regierung kann man nicht vertrauen und ihren Vertretern, d. h. den Sozialdemokraten auch keine Stimme geben.

Wir müssen Leute in der Regierung haben, die nicht auch die letzten Reste noch stürzen, sondern es verstehen, aus dem noch Bestehenden aufzubauen.

Aufbauen ist das Hauptterfordernis der Stunde und das allein wollen wir; deshalb kommt zu uns, zur „Deutschnationalen Volkspartei".

Und steht ihr nicht auf unserer Seite, so wählt wenigstens auf keinen Fall sozialdemokratisch.

**Der Frauenausschuß der Deutschnationalen Volkspartei Bezirk Namslau.**

— Seitens der Entente wird damit gedroht, daß das Reich für das Abhandenkommen und die Verschleuderung von Heeresgut haftbar gemacht werden wird. Die feindliche Presse versteigt sich sogar zu der Behauptung, daß die Regierung absichtlich große Heeresläger von Waffen, Munition und sonstigem Heeresgut aller Art der Plünderung überliefert hätte. Dem muß mit aller Entschiedenheit durch die Tat entgegengetreten werden, und deshalb verlangt auch heute wieder das Reichsverwertungsamt die sofortige Ablieferung von Heeresgut bei den zuständigen Behörden, um dadurch den Frieden zu beschleunigen.

---

Das war recht wieder der Deutschen Art:
Erst um die tapferen Führer geschart,
Tod verachtend, voll Opfermut,
Abzuwehren der Feinde Wut.
Dann den Sieg sich entreißen zu lassen,
Durch den Hader und Haß der Klassen,
Neues zu sinnen und Umsturz zu planen,
Alles zu lenken in fremde Bahnen,
Hader, Mißgunst und Haß zu schüren,
Ohne zu wissen, wohin sie führen!
Als wir das alte Regime noch hatten,
Gab es viel Licht und auch viel Schatten,
Jetzt haben wir Licht und Schatten nicht mehr
Nur trostlose Finsternis ringsumher.
Nicht mehr Moral, nicht Ehre, Gewissen,
Deutschland zerwühlt, in Stücke gerissen,
Nicht mehr der Ordnung sorglames Walten,
Nur noch der Willkür verderbliches Schalten.
Wird man noch einmal hören aufs Neue
Singen und sagen von deutscher Treue?
Rheinland zu Frankreich, der Osten zu Polen
Den Süden haben die Tschechen gestohlen,
England nimmt sich die Kolonien,
Und der deutsche „Michel" liegt auf den Knien.
Und träte heute vor Euch hin
Ein Mann mit echtem deutschen Sinn
Und fragte schmerz- und wehgerbrannt
„Was ist des Deutschen Vaterland?"
Dann kann ich mir nichts andres denken,
Als Antwort gibt es dann nur eins,
Unstet den Blick zu Boden senken
Und tonlos sagen: Wir haben keins.
Wollt Ihr denn dieses Elend weiterleben?
O, wäre mir doch Zauberkraft gegeben!
Ich möchte in die Welt hinaus es schrein,
Ich grüb' es tief in Eure Herzen ein,
Möcht's unauslöschbar in die Seel' Euch schreiben
Wir sind doch Deutsche, laßt uns Deutsche bleiben!

Alex Matschke.

---

## Provinzielles.

**Breslau. In die Talgschmelze des Schlachthofes wurde ein Einbruch unternommen und dabei 286 Kilogramm Talg im Werte von 8000 Mark gestohlen. — Die Rentiere Franziska Kottwitz, Augustastraße 78 wohnhaft, wurde in ihrer Wohnung verkohlt vorgefunden. Ob Unglücksfall oder Selbstmord vorliegt ist noch nicht aufgeklärt.**

**Waldenburg. Hier kam es zu schweren Ausschreitungen. Einige hundert Bergleute drangen in die Redaktion und in die Betriebsräume des „Neuen Tageblattes" ein, mißhandelten die beiden Schriftleiter und einen Teil des Setzerpersonals, während die anderen flüchten konnten. Die wütende Menge verlangte die**

Herausgabe angeblich beim „Neuen Tageblatt“ lagernder Flugblätter der deutsch-nationalen Volkspartei, sofortige Stillegung des Betriebes und Einstellung des Erscheinens der Zeitung bis zum 25. d. Mts. — Der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrats, der Landratsamtsverwalter, der Erste Bürgermeister und der Arbeitersekretär Grittner suchten einen Kompromiß herbeizuführen. Die Menge entfernte sich schließlich mit der Drohung wiederzukommen, wenn die an einem der nächsten Tage fortzuführenden Verhandlungen zu keinem für sie befriedigenden Ergebnis führen sollten.

Altwasser. Durch hereinbrechendes Gestein verunglückte auf dem Fürstlichen Tiefbau der Berghauer Paul Koppe zu Tode.

Nieder-Hermsdorf. Der Bergbauer Jielek stürzte auf dem Schwesternschaft in einen 24 m tiefen Schacht und wurde tot herausgezogen.

Gottesberg. Die Tischlersfrau Merfort öffnete vor dem Schlafengehen den Gasbahn, um sich, ihren Mann und ihre 14jährige Tochter zu töten. Dadurch, daß der Mann, eben aus dem Felde zurückgekehrt, erwachte, wurde das Verbrechen vereitelt.

Lüben. Beim Besteigen des schon in Bewegung befindlichen Zuges auf der Station Kreidelwitz glitt die Frau des Gerichtsdieners Scholz aus und geriet unter die Räder. Sie war auf der Stelle tot.

Laurahütte. Bei einem Diebstahl wurde eine Frauensperson erschossen, zwei daran beteiligte Männer konnten entfliehen.

Königshütte. Ueber die hiesige Stadt, wo es zwischen streikenden Bergarbeitern und einer Abteilung Jägern zu einem Zusammenstoß kam, ist der Belagerungszustand verhängt worden. Es gab etwa 20 Tote und eine größere Zahl Verwundete.

## Kleinverkaufspreise für Reichsware.

Die behördlich festgesetzten Kleinverkaufspreise betragen:

1.) für Frauenunterröcke . . . . . 19 90 M. pro Stück
2.) „ Erstlingshemden . . . . . 2,70 „ „ „
3.) „ Knabenhemden
Größe 50 cm . . . . . 6,15 „ „ „
„ 60 „ . . . . . 8,80 „ „ „
„ 70 „ . . . . . 10,20 „ „ „
„ 80 „ . . . . . 14 25 „ „ „
„ 90 „ . . . . . 16,25 „ „ „

Die Erstlings- und Knabenhemden sind bei den Firmen A. Bielschowsky, B. Friedrich, W. Glaser, S. Holländer, R. Miosge, C. Spallek, S. Schwerin und R. Warschauer Nachf., sämtlich in Namslau, und bei S. Guttmann, Th. Quak, J. Dzialoschinsky und Paul Spiegel, sämtlich in Reichthal, die Frauenunterröcke nur bei den Firmen A. Bielschowsky, B. Friedrich, W. Glaser, C Spallek in Namslau, und bei S. Guttmann, Th. Quak, P. Spiegel und J. Dzialoschinsky in Reichthal zu haben.

Der Verkauf der Reichsware erfolgt unter den bekannten, von der Reichsbekleidungsstelle vorgeschriebenen, (im Namslauer Kreisblatt 1918 Nr. 26 S. 267 abgedruckten) Bedingungen nur an die ständig im Kreise Namslau **ansässige bedürftige** bürgerliche Bevölkerung gegen vom Kreisausschuß Namslau ausgefertigte in der rechten oberen Ecke mit dem Stempel „Minderbemittelt“ und Dienstsiegel besonders gekennzeichnete Bezugsscheine.

Zuwiderhandlungen werden nach den bestehenden Bestimmungen bestraft.

Namslau, den 2. Januar 1919.

**Der Vorsitzende des Kreisausschusses.**
Sayur, Landratsamtsverwalter.

## Bekanntmachung.

Der Zentral-Soldatenrat hat die Wahrnehmung gemacht, daß während des Wahlkampfs unreife Elemente öffentliche Aufrufe, Bekanntmachungen und Plakate, welche an Säulen und sonst hierzu vorgeschriebenen Stellen befestigt sind, beschädigen und abreißen.

Es wird darauf hingewiesen, daß dieses Verfahren strafbar ist. Der Zentral-Soldatenrat wird in jedem Fall einer Beschädigung den Täter festnehmen lassen und dem zuständigen Gericht zur Bestrafung übergeben.

V. s. d. st. G. K. Kraeusel. Der Zentral-Soldatenrat der Provinz Schlesien.
J. A. Dr. Schut.

**VI. Armeekorps.**
**Generalkommando.**
Abt. I a Nr. 1702/11. 18.

## Pressevermerk.

Nachstehende während des Krieges vom stellv. Generalkommando VI. A. K. und den Kommandanturen Breslau und Glatz erlassenen Anordnungen bleiben bis auf weiteres in vollem Umfange bestehen und dürfen von einer unbefugten Stelle nicht aufgehoben werden.

1. die Anordnung vom 5. bzw. 7. Juni 1917 — II f¹ Nr. 61/6. 17 — betr. Auskunftspflicht der Inhaber von Schiffahrts- und Umschlagbetrieben;
2. die Anordnungen vom 12. bzw. 13. Juni 1917 — II f¹ Nr. 135/6. 17 — und vom 7. bzw. 9. September 1917 II f¹ Nr. 779/7. 17 — betr. wasserstandsgemäße Beladung auf der Oder;
3. die Anordnung vom 3. bzw. 5. Juli 1918 — II f¹, IVa, K. St. Nr. 754/6. 18 — betr. Versand und Lagerpflicht für Erz;
4. die Anordnung vom 6. 8. 1918 — II f¹ Nr. 802/7. 18 — betr. Verwendung von Binnenfahrzeugen zu Lagerzwecken.

Breslau, den 31. Dezember 1918.

B. s. d. G. K. Der Chef des Generalstabes.
von dem Hagen
Oberstleutnant.

B. s. d. Zentral-Soldatenrats.
Eggers.

## Kameraden, meldet Euch sofort!

Zum Etappenschutz in Litauen-Süd werden dringend Freiwillige gesucht.

Bedingungen: Mobile Löhnung, 5 M. Tageszulage und gute Verpflegung.

Nähere Auskunft über Prämienzahlung je nach der Verpflichtungsdauer usw. erteilt die Annahmestelle in der Sophienschule, Trinitasstraße, Zimmer 3. Bei 3monatlicher Verpflichtung 100 M. Verprämie nach Ablauf dieser Frist zugesichert.

## Was will die Deutsch-Nationale Volkspartei?

### Aufklärungsvorträge

werden gehalten von Herrn **Dr. Spreuer** am:

**Dienstag, den 7. Januar abends 7½ Uhr in Wind. Marchwitz.**
**Mittwoch, den 8. Januar abends 7½ Uhr in Eckersdorf.**
**Donnerstag, den 9. Januar abends 7½ Uhr in Dammer.**
**Freitag, den 10. Januar abends 7½ Uhr in Minkowsky.**

Nationalgesinnte Männer und Frauen versäumt keine Versammlung. Werbt für unsere Partei. Wer unsere Ziele kennt, wählt zur Nationalversammlung nur einen Kandidaten der

**Deutsch-nationalen Volkspartei.**

## Bekanntmachung.

Vorbehaltlich der Genehmigung des Bezirks-Ausschusses wird das städt. Grundstück (früheres **Jenohr'sches Gutshaus**), bestehend aus 1 Wohnhaus mit etwa 30 Räumen, Scheuer, reichlichen Stallungen, Gärten und etwa 6½ Morgen Acker,

**am 15. Januar 1919, vormittags 10 Uhr**

im Rathhaussaale meistbietend verkauft.

Ackerzukaufsmöglichkeit ist nicht ausgeschlossen.

Das Grundstück mit Acker liegt an Chaussee, 5 Minuten vom Bahnhof der Hauptbahn und unmittelbar an der Stadt.

Die Zuschlagserteilung hat sich die Stadtverordnetenversammlung vorbehalten.

Die Bedingungen können hier eingesehen werden.

Reichthal (Bez. Breslau), den 30. September 1918.

**Der Magistrat.** Reichelt.

## Große öffentliche Volksversammlung.

**Am Sonntag, den 12. Januar 1919, abends 8 Uhr**

spricht

in **Namslau** im **Scharf'schen Saale**

**Herr Staatssekretär Bauer aus Berlin.**

Männer und Frauen aller Berufsstände werden hierzu eingeladen.

**Der Sozialdemokratische Verein Namslau.**

Personen **unter** 16 Jahren haben wegen Raummangel keinen Zutritt.

## Frauen aller Stände!

Es geht um Dasein, Familie, Religion — um Alles! Meldet **sofort** Euren Beitritt zur:

**„Deutsch-Nationalen Volkspartei“**
**„Frauenbund“**
**Bezirk Namslau.**

Zeichnungslisten liegen aus bei:

**Frau Kaufmann Heilmann,**
**Frau Konditor Koschwitz,**
**Frau Buchhändler Toebe.**

## Deutsch-Nationale Volkspartei.

Unser **Parteibüro** befindet sich bei

**Herrn Tietze Namslau, Schützenstr. 11**

zu ebener Erde. Die Listen zu Einzeichnungen liegen aus. Flugblätter sind zu haben. Auskunft wird erteilt.

## Außerordentliche Mitgliederversammlung.

Die sich in der **Mitglieder-Versammlung am 4. d. Mts.** zur Flugblattverteilung usw. freiwillig zur Verfügung gestellten Genossen und Genossinnen werden gebeten, am

**Dienstag, den 7. Januar 1919**

in **Weber's Lokal** zur näheren Besprechung bestimmt zu erscheinen.

**Sozialdemokratischer Verein Namslau.**

## Deutsch-Nationale Volkspartei.

### Große öffentliche

## Volks-Versammlung.

**Am Donnerstag, den 9. Januar nachmittags 4½ Uhr**

spricht

Herr Gymnasial-Direktor Geheimrat **Dr. Reinhardt** aus **Oels**

über das Thema:

## Was will die Deutsch-Nationale Volkspartei?

Nationalgesinnte Männer und Frauen sind herzlich eingeladen. Freie Aussprache.

Donnerstag, den 9. Januar, abends 7½ Uhr
im Saale der Frau **Schwuntek—Namslau**
sprechen
Herr Professor **Dr. Obst**-Breslau
Kandidat der Deutschen Nationalversammlung
über

## „Die Grundsätze der deutschen Demokratie“

Frau Justizrat **Ollendorf**-Breslau
Kandidatin der Preußischen Nationalversammlung
über

## „Frauenwahlpflicht.“

**Deutsche Demokratische Partei.**
**Ortsgruppe Namslau.**
**Deutscher Bauernbund.**

# Zentrum
## die katholische Volkspartei.

**Das Büro** der kath. Volkspartei für Stadt und Kreis Namslau
befindet sich in
**Namslau, Peter-Paulstr. 6**
bei Herrn **Thomas Stannek,** Stellenvermittlung
(Fernsprecher Nr. 280.)

Flugblätter, Wahlzettel etc. sind von dort zu beziehen. Beiträge zur Parteikasse können per Zahlkarte an die **Städt. Sparkasse Namslau** für das Konto der kath. Volkspartei eingezahlt werden.

# Wahlverein der Deutschen demokratischen Partei.
**Ortsgruppe Namslau.**

# Mitgliederversammlung

**Mittwoch, den 8. Januar, abends 8 Uhr**
**im Saale Hotel zur goldenen Krone.**

Punkt 1. Aufnahme neuer Mitglieder.
„ 2. Bericht der zur Delegiertenversammlung entsandten Vertrauensleute.
„ 3. Wichtige Besprechung über Einteilung der Kleinarbeit am Wahltage.
„ 4. Sonstiges.

Es ist Pflicht aller Mitglieder, Männer und Frauen, an diesen so wichtigen Besprechungen teilzunehmen.

Sonnabend Abend 9½ Uhr entschlief sanft nach langem schweren Leiden meine inniggeliebte Frau, unsere liebe, herzensgute Tochter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin, Tante und Cousine,

Frau Oberinspektor
# Selma Kotschate
geb. **Mücke**

im Alter von 39 Jahren.
Dies zeigt mit der Bitte um stille Teilnahme tiefbetrübt an

Zembwitz, Obischau, den 4. Januar 1919

**Wilhelm Kotschate.**

Ueberführung findet Mittwoch nachm. 1½ Uhr vom Bahnhof Namslau nach Obischau statt. Beerdigung 3 Uhr in Obischau.

Zum
**Wiedersehenskränzchen**
Sonntag, den 12. d. Mts. nachm. 4 Uhr ladet freundlichst ein
Gastwirt **Lorke,**
Buchelsdorf.

**Landwirtschaft**
**sucht Selbstkäufer.** Offert. **S. 114** an die Exped. d. Bl.

Sofortige Ablieferung
von
**Heeresgut**
bei den zuständigen Behörden
**beschleunigt den Frieden.**
Reichsverwertungsamt, Berlin W. 8, Friedrichstrasse 86.

**1 Sofa, 1 neue Nähmasch., 1 Wringmaschine mit guten Gummiwalzen, Meyers kl. Conv. Lexikon, ½ Dtzd. neue Leinen Stehumlegekragen Nr 39** zu verkaufen.
**Neumann,** Klosterstr. 23

Aus dem Felde zurückgekehrt, gebe ich meiner werten Kundschaft bekannt, daß mein
**Malergeschäft**
wieder eröffnet ist und bitte um gütige Unterstützung.
Achtungsvoll
**Max Schmidt,** Malermeister
Bahnhofstr. 2.

Wir werden am **28. Januar 1919 vorm. 9 Uhr** in **Koschig's** Lokale **Reichthal, Ring 3** folgende
# Grundstücke
öffentlich meistbietend **versteigern.**

**Hausgrundstück Reichthal Nr. 6,** bestehend aus massivem Wohnhaus, massiver Stallung, Hof und Zubehör.

**Acker- und Wiesengrundstück Dzillick Nr. 11,** 1 ha. 66 a. 20 qm.

**Acker- u. Wiesengrundstück Kulnirs Nr. 23/25,** 49 a.

**Ackerstück Dzial Nr. 15,** 89 a 90 qm.

Die näheren Bedingungen werden zum Beginn der Versteigerung bekannt gegeben.

**Die Erben.**

Das zur **Dekro'schen Konkursmasse** gehörige
# Hausgrundstück
am Ring ist zu verkaufen.
**Paul Spiegel,** Konkursverwalter
**Reichthal.**

Aus dem Felde zurück
**Georg Gabor,** Schlossermeister
**Fahrradhandlung u. Reparaturwerkstatt**
**Reichthal.**
Gleichzeitig empfehle ich
**Ia Friedensöl**
für Fahrräder und Nähmaschinen sowie
**Calcium-Carbid**
zum Höchstpreis gegen Marken.

# Leuchtspiritus
für die Landwirtschaft kann nur verabfolgt werden, wenn Erklärung C vom Landratsamt **Namslau** bescheinigt ist.
**Schwenk & Hein.**

**Zu verkaufen:**
1 Bettstelle mit Matratze,
3 verschiedene Tische,
1 Waschtisch,
1 Spiegel.
**Ring 8 I**

**Herrenpelz**
dunkelblau, Bisam und Skunkskragen, verkauft
**Meller,**
Kirchstraße 8a.

**Eine Geldtasche**
mit Inhalt in meinem Laden liegen geblieben.
Bäckermeister **Panzer,**
Wilhelmstr. 3

**Arbeiter und Arbeiterinnen**
können sich melden.
**Dampfziegelei Böhmwitz.**

**Suche bald:** Ein Vogt, ein Maschinenführer, fünf Burschen in Fabrik wo sie Wohnung und Kost bekommen, Knechte, Lohngärtner, Mägde, sowie 1 verh. Kutscher u. 1 Dom.-Stellmacher.
**Thomas Stannek,**
gewerbsm. Stellenvermittler.
**Namslau.** Telefon 280.

**Ordentl. Mädchen**
für Haushalt und Küche für sofort oder später **gesucht.**
Frau Bäckermeister **Gerlitz,**
Klosterstr. 2.

Tüchtiges, selbständig arbeitendes
**Mädchen,**
möglichst vom Lande, wird bei gutem Lohn und freier Station sofort gesucht. Meldung bei
Frau Direktor **Krempel,**
**Reichthal.** Villa Jenohr.

Suche per 15. 1. evt. später
**junge Witwe**
mögl. ohne Kinder für meinen Ausschank.
**C. Ploschke.**
Ring.

**Dienstmädchen**
sucht für sofort.
Frau **Markusel,**
Wilhelmstr. 4

**Ein Dienstmädchen**
zum baldigen Antritt gesucht.
**Carl Grimm,**
Hohenzollern-Drogerie Namslau.

Von alleinstehender Dame anständiges, tüchtiges
**Dienstmädchen**
per sofort oder 1. Februar nach Liegnitz gesucht.

Für 1. 4. 1919
**4-5 Zimmer-Wohnung**
u. viel Nebenraum für dauernd gesucht.
Frau Postdir. **Dühring.**

**3-Zimmer-Wohnung**
nebst Beigelaß gesucht.
**A. Hein,** Klosterstr. 15b.

Für 1. 4. 19 oder auch eher
**5-Zimmer-Wohnung**
für dauernd gesucht. Angebote an die Exp. u. **Z. 107** erbeten.

**3-4 Zimmerwohnung**
für sofort gesucht. Gefl. Angebote erbeten an Kreisausschußassistent **Baumgart,** Klosterstraße 14 I.

**Schmerzliche Erinnerung**
**am Todestage**
unseres unvergeßlichen herzensguten Sohnes u. Bruders
# Max Walter
**Gefreiter im Regiment Garde du Corps**
gestorben am 6. Januar 1918.

Voll tiefster Wehmut Dein gedenken
An Deinem Todestage wir,
Und Herz und Sinne sehnend lenken
Heut, Unvergeßlicher, sich hin zu Dir.
Zwar heißt's, die Zeit heilt alle Wunden,
Doch dünkt uns herber unser Los:
Das Schmerzgefühl, das wir empfunden,
Es bleibt wohl unverändert groß.
All' unser Hoffen ist grausam vernichtet,
Der Krieg zerriß das liebe Band.
Du sankst dahin, wie Rosen sinken,
Wenn sie in voller Blüte stehn,
Und heiße, bittere Tränen fließen,
Weil Du so mußtest von uns gehn;
Du bist zu früh geschieden,
Du treues, gutes Herz,
Du hast den ewigen Frieden
Und wir den bitteren Schmerz.
So ruhe sanft auf fernen Höh'n,
Wie Du stets schriebst: Auf Wiedersehn!

Windisch-Marchwitz, den 6. Januar 1919.
Gewidmet von
**Deinen lieben Eltern und Brüdern.**

Schlaf wohl in fremder Erde
Nach treu erfüllter Pflicht.

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme, die mir bei dem Hinscheiden meines heissgeliebten Mannes, des
Stellenbesitzers
# Karl Cichos
zu teil wurden, sowie für die vielen Kranzspenden, insbesondere Herrn Pastor Siegert für die tröstenden Worte am Sarge, den Trägern und allen Verwandten, Freunden und Bekannten, die ihm die letzte Ehre erwiesen, meinen herzlichen Dank.

Grambschütz, den 3. Januar 1919.
**Die tieftrauernde Gattin.**

**Ich bin am Fernsprechnetz**
**Nr. 181**
**angeschlossen.**
**Unikower, Bahnhofstr. 2**
**1. Schriftführer des Kreisbauernrates und des Volksausschusses Namslau.**

Achtung! **Rauchtabak!** Achtung!
Den unübertroffenen, vorzüglichen, reinen
**Bremer** und **Hamburger**
Tabakmischung, für jede Pfeife geeignet.
**Bremer** à Pfd. 6,50 M., **Bremer** und **Hamburger,** für starke Raucher, à Pfd. 7,50 Mk. per Nachnahme.
Unter 5 Pfund wird nicht versandt.
**P. Hennek,** Görlitz, Wielandstrasse.

# Wer auswärts inseriert
bediene sich zur Uebermittelung der Anzeigen der
**Annoncen-Expedition des „Namslauer Stadtblattes."**
Berechnung zu den Originalpreisen der Zeitungen.

# Lehrling
Sohn achtbarer Eltern u. mit guter Schulbildung stellt sofort ein
**Paul Spiegel, Reichthal**
**Modewaren und Konfektion.**

(Nebst Beilage.)

# Beilage zu Nr. 2 des Namslauer „Stadtblattes“

Namslau, Dienstag, den 7. Januar 1919.

## Eindringen russischer Vertreter in Deutschland.

### Deutsche Funksprüche.

**Berlin**, 2. Januar. Aus Anlaß des unbefugten Eindringens von Radek und Genossen nach Deutschland hat die deutsche Regierung folgenden Funkspruch nach Moskau gerichtet:

Vor einigen Tagen ist Karl Radek, der Chef der russischen Propaganda, nebst einigen Genossen in Berlin eingetroffen. Er ist in einer Versammlung für den Bürgerkrieg in Deutschland und die Wiederaufnahme des Kampfes gegen die Entente eingetreten. Radek und seine Genossen werden die Folgen ihres unerlaubten Schrittes zu tragen haben. Die deutsche Regierung aber sieht sich genötigt, gegen das Eindringen der russischen Vertreter nachdrücklichst Einspruch zu erheben.. Das Verhalten Radeks wird sie darin bestärken, der Zulassung von Vertretern der russischen Sowjetregierung auch fernerhin Widerstand zu leisten.

Ferner hat sie Oberost und dem Zentralrat der Ostfront, sowie sämtlichen Soldatenräten im Osten folgendes Telegramm zugehen lassen:

Der bekannte Chef der russischen bolschewistischen Propaganda und bolschewistische Agitator Radek ist vor einigen Tagen nebst einigen anderen bolschewistischen Vertretern in Berlin eingetroffen und hat hier in einer Versammlung der Spartakuspartei öffentlich für den Bürgerkrieg in Deutschland und die Wiederaufnahme des Kampfes gegen die Entente gemeinsam mit den Bolschewisten gesprochen. Die russischen Vertreter haben es augenscheinlich verstanden, sich der Grenzkontrolle in unbefugter Weise zu entziehen. Wir bitten zu untersuchen, wie dies möglich gewesen ist, und ersuchen mit allen Kräften darauf Bedacht zu legen, daß der Grenzschutz auch in dieser Beziehung nicht nachläßt, und daß alles dazu getan wird, um das Eindringen der Anarchie nach Deutschland zu verhindern.

## Amerikanisches Getreide für Deutschland.

**Amsterdam**, 2. Januar. Nach hier eingetroffenen Konsulatsberichten aus Newyork wird in den maßgebenden Fachkreisen der Vereinigten Staaten ernsthaft mit einer beschleunigten Aufnahme der Getreidelieferungen für Deutschland und die Gebiete der früheren Donaumonarchie gerechnet. Für die Ausfuhr nach Deutschland wird aber trotz der enormen Vorräte an Weizen in erster Linie Roggen bereitgestellt, da in dem letzten Jahr in Amerika viel mehr Roggen angebaut worden ist als in früheren Zeiten. Da außerdem diese Getreideart in den Vereinigten Staaten nur wenig gebraucht wird, macht sich unter den Getreidehändlern eine starke Stimmung dafür geltend, den Ueberschuß an Mitteleuropa abzugeben, um für ihre Erzeugnisse einen möglichst hohen Wert zu erzielen. Von Seiten des amerikanischen Getreidehandels sind schon seit Anfang Dezember alle Vorbereitungen für die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Deutschland im Gange. Das einzige wirkliche Hindernis für eine ausgiebige Belieferung des deutschen Volkes mit Brotgetreide bildet der Mangel an Schiffsraum. Auch von den Weizenvorräten Amerikas kommen für Lieferung im Frühjahr größere Vorräte in Betracht, als ursprünglich angenommen wurde. Selbst nach der Versorgung der alliierten Länder bleibt ein erheblicher Ueberschuß an Weizen vorhanden, denn England und Frankreich decken wieder einen Teil ihres Bedarfs aus der argentinischen Getreideernte. Für diese sind die Aussichten die denkbar günstigsten. Ein vollständiger Abtransport ist jedoch nur bei Bereitstellung des fehlenden Schiffsraums möglich, denn von der vorigen Weizenernte lagern noch in argentinischen Speichern einundeinviertel Million Tonnen Weizen.

## Das Wahlrecht der Deutsch-Oesterreicher im Reiche.

**Berlin**, 3. Januar. Wie wir erfahren, hat die Regierung die Frage des Wahlrechts der im Deutschen Reiche ansässigen Deutsch-Oesterreicher in bejahendem Sinne entschieden. Die Deutsch-Oesterreicher stehen zwar nicht in den Wählerlisten, die Form der Wahllegitimation wird aber noch amtlich bekannt gegeben werden.

## Frankreich warnt vor deutschem Bolschewismus.

**Basel**, 3. Januar. Der „Pariser Temps“ meldet: Die Anwesenheit von Vertretern der Bolschewisten in Berlin und im übrigen Deutschland macht Frankreich die vollständige Demobilisation des Heeres unmöglich. Die Anwesenheit der Russen in Berlin bedeutet die Androhung eines neuen Krieges, den die Russen auf deutschem Boden gegen die Alliierten versuchen möchten.

„Echo de Paris“ meldet: Die Alliierten sind angesichts der Fortdauer der Unruhen und des Bolschewismus in Deutschland entschlossen, die Frage der staatsrechtlichen Neugestaltung Europas selbständig auf der Friedenskonferenz zu entscheiden.

**Haag**, 3. Januar. „Hollandsch Nieuwsbureau“ meldet aus London: Laut einer Mitteilung an „Politiken“ haben die Alliierten im Hinblick auf die Entwicklung der Lage in Deutschland der deutschen Regierung eine warnende Note gesandt. Der Vertreter des Marschalls Foch hat der Waffenstillstandskommission erklärt, daß, falls die bolschewistischen Elemente in Deutschland die Macht in die Hand bekämen, die Alliierten sofort alle Unterhandlungen abbrechen und den vorläufigen Frieden rückgängig machen würden. — Eine andere Meldung besagt, die deutschen Politiker sollten sich vergegenwärtigen, daß Berlin besetzt würde, falls die drohende bolschewistische Gefahr nicht ein Ende habe. Die Regierung wird daher sehr energische Maßnahmen gegen den Bolschewismus treffen müssen.

WTB. **Berlin**, 3. Januar. Die Frage der Bekämpfung des Bolschewismus im Zusammenhang mit den deutsch-polnischen Beziehungen war auch in der gestrigen Vollsitzung der Waffenstillstandskommission Gegenstand der Verhandlungen. Das Oberkommando der Alliierten teilte mit, die polnische Regierung führe Klage darüber, daß die deutschen Militärbehörden in Litauen und Polen angeblich die Organisation der lokalen Verteidigung gegen die Bolschewisten verhinderten. Hierauf erklärte General von Winterfeld, es werde der deutschen Obersten Heeresleitung sehr willkommen sein, wenn die Polen sich gegen den Bolschewismus wenden. Doch habe man nach den vorliegenden Nachrichten den Eindruck, daß die Bestrebungen der Polen mehr auf andere Ziele gerichtet seien.

Französischerseits wurde vor dem Verkauf der in den Schlössern zu Berlin und Potsdam befindlichen Kunstwerte gewarnt. Der deutsche Ex-Kaiser habe von einer Händlergruppe ein Angebot für diese Kunstwerte erhalten, deren Verkauf gegen Artikel XIX des Waffenstillstandsvertrages verstoße.

## Riga in der Hand der Bolschewisten.

**Wien**, 3. Januar. Ueber die Besetzung Rigas ist hier folgender russischer Funkspruch eingelaufen: Die Hauptstadt Lettlands, das rote Riga, befindet sich in den Händen der russischen Sowjets. Der Bürgerlichen bemächtigte sich eine Panik. Deutsche Truppen unterwarfen sich den russischen Sowjet. Der Sowet von Riga schlägt den Arbeitern Lettlands vor, sofort Sowjets und Orts- und Bezirksgemeinden zu bilden.

## Ernste Beschlüsse in der Ostfrage.

### Aufbietung militärischer Machtmittel.

**Berlin**, 3. Januar. Die Ostfragen bildeten gestern den Gegenstand eingehendster Erörterungen sämtlicher beteiligter öffentlicher Stellen. Schon am Vormittag war das Reichskabinett zusammengetreten, um diese im Vordergrund des Interesses stehenden und rasche Entschlüsse erheischenden Angelegenheiten zu erledigen. Nachmittags schloß sich daran eine Sitzung mit den preußischen Volksbeauftragten, und späterhin trat auch der Zentralrat hinzu. Bei diesen gemeinsamen Beratungen handelt es sich nicht nur um die Ereignisse in der Provinz Posen, die ja mehr eine innere Angelegenheit sind, sondern auch um die das Gebiet der äußeren Angelegenheiten streifende Lage in den besetzten Gebieten und deren Räumung, wie auch um das Verhältnis des Deutschen Reiches zur russischen Sowjetregierung.

Alle diese Fragen sind kaum voneinander zu trennen, denn die Bewegung, die in Posen von polnischer Seite eingeleitet worden ist, und der bolschewistische Vormarsch im Norden sind in gleicher Weise geeignet, das Reich zu bedrohen. Sie verlangen dringend eine starke Gegenwirkung, wenn nicht der Bestand des Reiches gefährdet werden soll. Unter diesen Umständen wird erwartet, daß die heutigen Beratungen, an denen auch das Kriegsministerium beteiligt ist, zu entsprechenden Entschlüssen

führen werden, da die Gefahr nachgerade so unmittelbar geworden ist, daß jede Stunde weiteren Hinzögerns eine Verantwortung darstellt, die von der Regierung kaum noch getragen werden kann.

In politischen Kreisen scheint man sich auch darüber klar zu sein, daß eine Lösung der Schwierigkeiten, in die man sich hat hineintreiben lassen, jetzt nur noch von einer schnellen und umfangreichen Aufbietung militärischer Machtmittel zu erwarten ist. Soweit die Reichsregierung sich bisher ein Urteil über die Lage gebildet hat, teilt sie die pessimistische Auffassung des preußischen Ministers Ernst über die Schwäche und Unzulänglichkeit in unserer militärischen Kraft nicht. Herr Ernst hatte erklärt, daß heute selbst eine Division, die man aber nicht einmal aufbringen könne, außerstande sein würde, die Lage in Posen wieder herzustellen. Im Reichskabinett hält man demgegenüber an der Auffassung fest, daß es gelingen wird, der Verhältnisse in Posen durch Waffengewalt Herr zu werden.

Die Beratungen müssen zeigen, ob die Regierung sich endlich zu einem konsequenten und rücksichtslosen Vorgehen entschließen kann, von dem allein noch Hilfe zu erwarten ist, nachdem der Weg des Gehenlassens und Verhandelns dazu geführt hat, daß die Lage im Osten zu einer das gesamte Reich bedrohenden Gefahr geworden ist.

## Die Lohnfrage.

WTB. Berlin, 3. Januar. (Amtlich.) Waren angesichts der langen Dauer des Krieges und der damit notwendig verbundenen Verteuerung aller Lebensverhältnisse die Löhne der Arbeiterschaft von Jahr zu Jahr nicht ohne Grund erheblich gestiegen, so haben sie in neuester Zeit auf Drängen der Arbeiter vielerorts eine Höhe erreicht, deren weitere Steigerung nicht mehr mit der herrschenden Teuerung gerechtfertigt werden kann. Zu solchen Löhnen kann nutzbringende Arbeit nicht mehr geleistet werden, vielmehr muß das gesamte Wirtschaftsleben zum Erliegen kommen. Dadurch aber würde die Not des schwergeprüften Vaterlandes ins Grenzenlose wachsen und ein Elend entstehen, unter dem die Arbeiterschaft selbst am meisten leiden würde. Die Preußische Regierung, des Ernstes der Lage voll bewußt, hat sich daher veranlaßt gesehen, folgende Verordnung zu erlassen:

Die Lohnbewegung unter der Arbeiterschaft hat in letzter Zeit nach Art und Umfang eine Entwicklung genommen, die die schwersten Befürchtungen erwecken und weite Gebiete der Gütererzeugung zum Erliegen bringen muß. Die beklagenswerte, aber unvermeidliche Folge kann nur Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend sein. Die Betriebe des Staates unterliegen in dieser Beziehung den gleichen wirtschaftlichen Bedingungen wie die privaten. Weder Bergbau und Eisenbahn, noch alle übrigen Staatsbetriebe können es längere Zeit ertragen, daß ihre Ausgaben die Einnahmen übersteigen. Diese Gefahr ist aber bereits in bedrohlichem Maße eingetreten. Es wird deshalb zur gebieterischen Pflicht der Staatsregierung, dem Anwachsen der Lohnausgaben über das Maß des Erträglichen hinaus mit Festigkeit entgegenzutreten. Die Herren Fachminister werden daher ersucht, an sie herantretende Lohnforderungen zwar in voller Würdigung der jetzigen Bedürfnisse der Arbeiterschaft, aber auch sorgfältig darauf hin zu prüfen, ob nicht durch die Bewilligung den in Frage kommenden Betrieben Lasten auferlegt werden, die sie nicht ertragen können, ohne zu erliegen, und die somit die gesamte Finanzgebarung des Staates gefährden. In diesem Falle sind die Forderungen zurückzuweisen.

## Die Lage im Osten.

Berlin, 4. Januar. Die Lage im Osten wird immer ernster. Der Vorsitzende des Soldatenrates der 10. Armee ist in Berlin eingetroffen. Er hat die Regierung dringend um die Entsendung geschlossener Formationen in die Gegend von Wilna gebeten, um die Rückfendung der deutschen Truppen sicher zu stellen und die Verbindung mit der Ukraine aufrecht zu erhalten. Es wäre höchste Zeit, daß die Volksbeauftragten zu Taten gelangten und sich entschlössen, den bitteren Notwendigkeiten Rechnung zu tragen.

## Noske mahnt zum Widerstande gegen die Polen.

Bromberg, 7. Januar. Der Volksbeauftragte Noske äußerte gegenüber einer Abordnung des Bromberger deutschen Volksrates ausdrücklich, die Ostmarkdeutschen sollten die Zähne zeigen und im Einverständnis mit den militärischen Stellen den Schießprügel ergreifen. Trotz der unzweideutigen Aufforderung der sozialistischen Regierung zum nationalen Zusammenschluß des Ostdeutschtums, verhaftete der Bromberger A.- und S.-Rat den Geschäftsführer des deutschen Volksrates wegen Betätigung an der deutschen Volksratbewegung.

## Wüste Spartakusarbeit in Stuttgart.

Die Masse bewaffnet sich.

Stuttgart, 4. Januar. Von militärischer Seite wird uns mitgeteilt:

Heute morgen hat auf dem Schloßplatz eine Soldatenversammlung stattgefunden, in deren Verlauf vor dem Direktionsgebäude der Straßenbahn demonstriert und der 5-Pf.-Tarif für Militärpersonen wieder durchgesetzt wurde. Danach begab sich die Menge vor das Kriegsministerium, wo Herr Schreiner sprach. Die Rede wurde mit Bravorufen aufgenommen. Die Erwiderungsrede des Leiters des Kriegsverwesers hatte keinen Erfolg, denn die Menge, überwiegend in Uniform, drang in das Gebäude, erbrach die Schränke, wo die Modellgewehre aufbewahrt waren, zerbrach bzw. nahm sie mit schlug die Türen ein und riß den Offizieren die Achselstücke herunter. Mit dem Versprechen, bald wiederzukommen, entfernte sich der Besuch. Einer der in einem vorher aufgestellten Aufruf ausgesprochenen Forderungen galt der Entfernung der Offiziere. Der Soldaten- und Arbeiterrat, an der Spitze der Leiter des Kriegswesens, waren machtlos.

## Spartakus gegen A.- und S.-Räte.

Magdeburg, 4. Januar. Anhänger des Spartakusbundes sprengten die gestern in der Paulskirche in Magdeburg tagende Vollsitzung der Arbeiter- und Soldatenräte durch anbrausende Radauszenen und durchzogen dann die Stadt, vor der sozialdemokratischen „Volkstimme" Schmähreden ausstoßend.

## Polizeipräsident Eichhorn.

Berlin, 4. Januar. In Gegenwart der Minister Ernst und Hirsch und zweier Mitglieder des Zentralrates fand gestern nachmittag im preußischen Ministerium des Innern die Verhandlung mit dem Polizeipräsidenten Eichhorn statt. Auf die Vorhaltungen, die Herrn Eichhorn über die Nichterstattung ordnungsmäßiger Berichte, die Entwaffnung versprengter Regierungstruppen, die rohen Mißhandlungen von Offizieren in dem Polizeipräsidium, die hohen und eigenmächtig erfolgten Mehrausgaben, sowie die Bewaffnung von Arbeitern gemacht wurden, antwortete der Polizeipräsident, daß er durch den Mangel an Geschäftsordnung und die Ueberfülle der Aufgaben zur Erfüllung der verschiedenen Aufträge noch nicht gekommen sei und daß er im übrigen von den beanstandeten Vorgängen nichts gewußt habe.

Wie der „Vorwärts" aus sicherster Quelle erfährt, hat Polizeipräsident Eichhorn erst in den allerletzten Tagen im neuen Jahre von der „Rosta" 1400 Mark in einem Einschreibebrief erhalten. Das Blatt bemerkt dazu: Offenbar bezieht Eichhorn sein Gehalt von der russischen Telegraphen-Agentur unentwegt weiter, was allerdings für einen Berliner Polizeipräsidenten einen Gipfelpunkt darstellt.

## Der Aufruf zur Bildung einer freiwilligen Armee.

Berlin, 4. Januar. Der von der Regierung erlassene Aufruf zur Bildung einer freiwilligen Armee lautet:

Freiwillige zum Schutze der Nordostgrenze! Ganz tadellose Disziplin, unbedingter Gehorsam ist die erste Pflicht. Kriegserfahrene Soldaten, bisher guten Kampftruppen angehörend, sind dringend notwendig. Grundgehalt 40 M., 5 M. tägliche Zulage, ferner 4 M. Baltenzulage täglich, allmonatlich 30 M Extraprämie neben freier Verpflegung. Schmiede, Sattler, Schuster und Schneider besonders erwünscht.

## Ermordung eines Geldbriefträgers in Berlin.

Berlin, 4. Januar. Ein furchtbares Verbrechen wurde gestern Morgen im Hotel Adlon am Pariser Platz Unter den Linden entdeckt. Der Geldbriefträger Wilhelm Lange war dort von einem unbekannten Verbrecher, der sich als Hotelgast unter dem Namen Hans von Winterfeldt eingeschlichen hatte, ermordet und beraubt worden. Auf die Entdeckung des Täters sind Belohnungen von zusammen 10000 Mark ausgesetzt worden. Der ermordete Geldbriefträger wurde in einem Salon erdrosselt aufgefunden. Er hatte über 8000 Mark Bargeld und 41 Geldbriefe mit hohen Beträgen bei sich.

Wtb. Berlin, 5. Januar. Die Tat muß Donnerstag vormittag geschehen sein, nachdem Lange schon einige Bestellungen ausgeführt hatte. Die Bestell- und Geldbriefstasche wurde bei dem Ermordeten unbeschädigt, aber leer vorgefunden. Die 8000 Mark Geld und die Geldbriefe waren geraubt. Das Zimmer, in dem der Mord entdeckt wurde, gehörte zu einer Flucht von Räumen des 1. Stocks, die bis gestern ein angeblicher Hausbesitzer von Winterfeldt aus Hamburg inne hatte.